

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis — XXXIII

Literaturverzeichnis — XLI

Kapitel 1

Überblick über die Besonderheiten des Arbeitsrechts in der Energiewirtschaft

- A. Energiewirtschaft als regulierte Industrie — 1
- B. Sondertarifrecht der Versorgungswirtschaft — 4
- C. Energiewirtschaftliche Betätigung in der ausschließlichen Wirtschaftszone — 4

Kapitel 2

Arbeitsrechtliche Aspekte der Entflechtung in der Energiewirtschaft

- A. Grundlagen – Wer muss entflechten? — 5
 - I. Wesentliche Begriffe — 5
 - II. Entflechtung (Unbundling) — 10
- B. Energiewirtschaft als regulierte Industrie – Bedeutung der BNetzA und der Anreizregulierung — 11
 - I. Befugnisse der Regulierungsbehörden im Rahmen des Vollzugs der Entflechtungsvorschriften — 11
 - II. Sanktionsmöglichkeiten der Regulierungsbehörden bei Verstößen — 12
 - III. Anreizregulierung als Regulierungsinstrument — 13
- C. Rechtliche Entflechtung – Welches Gestaltungsmodell passt am besten? — 28
 - I. Rechtsform der Netzgesellschaft — 29
 - II. Konzernstrukturen und Entflechtung — 32
 - III. Umfang der rechtlichen Entflechtung von Verteilernetzbetreibern — 33
- D. Die operative Entflechtung – Rahmenbedingungen und Lösungsmodelle — 37
 - I. Personelle Entflechtung – Grundlagen — 37
 - II. Gleichbehandlungsprogramm und -beauftragter — 60
 - III. Unabhängige Entscheidungsgewalt der Netzgesellschaft — 81
- E. Informatorische Entflechtung — 85
- F. Entflechtung von Transportnetzbetreibern — 87
 - I. Vorgaben des EnWG — 88
 - II. Eigentumsrechtliche Entflechtung — 88

III.	Unabhängiger Systembetreiber — 91
IV.	Unabhängiger Transportnetzbetreiber — 92
G.	Arbeitsrechtliche Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten — 108
I.	Betriebsübergang gemäß § 613a BGB — 109
II.	Umwandlungsrechtliche Lösungen — 152
III.	Betriebsverfassungsrechtliche Herausforderungen — 162
IV.	Modellwechsel – Arbeitsrechtliche Wege von der schlanken zur breiten Netzgesellschaft — 186
V.	Grenzen von gemeinsamen Dienstleistungen (Shared-Services) – Was ist zulässig? — 199
VI.	Folgen für die Bildung von Aufsichtsräten — 204
VII.	Sozialversicherungsrechtliche Fernwirkungen — 210

Kapitel 3

Grundstrukturen und Problemschwerpunkte des Tarifvertrags für Versorgungsbetriebe

A.	Rechtliche Grundlagen — 213
I.	Was ist und welche Bedeutung hat ein Tarifvertrag? — 213
II.	Tarifauslegung — 214
III.	Die Struktur des TV-V — 215
B.	Der Geltungsbereich des TV-V und seine wichtigsten Ausnahmen — 216
I.	Die normative Anwendung des TV-V — 216
II.	Tarifbindung nach § 1 Abs. 1 und 2 TV-V — 219
III.	Im TV-V nicht vorgesehene Gestaltungsmöglichkeiten — 230
C.	Anbahnung eines Arbeitsverhältnisses im Geltungsbereich des TV-V — 231
D.	Welche Vorgaben gelten für den Arbeitsvertrag? — 232
I.	Tarifliche und gesetzliche Formvorgaben — 232
II.	Nebenabreden und betriebliche Übung — 233
E.	Welche Vorgaben bestehen für allgemeine Arbeitsbedingungen? — 235
I.	Weitgehender Verweis auf das allgemeine Arbeitsrecht — 235
II.	Die Pflicht zur Anzeige von Nebentätigkeiten — 235
III.	Ärztliche Untersuchungen – was kann der Arbeitgeber verlangen? — 241
F.	Eingruppierung von Mitarbeitern/innen nach dem TV-V — 242
I.	Grundlagen der Eingruppierung gemäß § 5 TV-V — 243
II.	Die „auszuübende“ Tätigkeit als Bestimmungsfaktor der tariflichen Eingruppierung — 246
III.	Die „regelmäßig“ auszuübende Tätigkeit — 249
IV.	Begriff und Bedeutung der „Tätigkeit“ i.S.d. TV-V — 249
V.	Aufbau der Entgeltordnung – Entgeltgruppen und Tätigkeitsbeispiele — 252

- VI. Mitbestimmung des Betriebsrats — 276
- VII. Einstufung innerhalb der Entgeltgruppe — 278
- G. Umgruppierung und Übertragung höherwertiger Tätigkeiten — 286
 - I. Höhergruppierung — 286
 - II. Herabgruppierung und Rückgruppierung — 291
 - III. Vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit — 294
 - IV. Höhe der Zulage nach § 5 Abs. 3 S. 2 TV-V — 297
 - V. Mitbestimmung des Betriebsrats — 298
- H. Die Vergütung nach dem TV-V — 298
 - I. Systematik der Vergütung nach § 6 TV-V und Anlage 2 TV-V — 298
 - II. Entgelttabelle nach § 6 Abs. 1 TV-V i.V.m. Anlage 2 TV-V — 299
 - III. Bemessungszeitraum und Fälligkeit sowie Zahlungsform des Entgelts — 300
 - IV. Bemessungsgrundlage der Entgeltfortzahlung — 302
 - V. Berechnung der Stundenentgelte nach dem TV-V — 307
 - VI. Leistungsorientiertes Entgelt — 308
- I. Arbeitszeitregelungen — 316
 - I. Arbeitszeitbegriff — 317
 - II. Dauer der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit — 318
 - III. Arbeitszeitmodelle nach dem TV-V — 326
 - IV. Einrichtung des Arbeitszeitkontos — 331
 - V. Die Öffnungsklausel nach § 8 Abs. 4 TV-V — 336
 - VI. Sonderformen der Arbeit — 341
 - VII. Ausgleich für Sonderformen der Arbeit — 353
- J. Auswirkungen von Störungen des Arbeitsverhältnisses — 365
 - I. Was gilt bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit? — 365
 - II. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall — 366
 - III. Wann ist in welcher Höhe ein Krankengeldzuschuss zu gewähren? — 368
 - IV. Auswirkungen auf die Sonderzahlung nach § 16 TV-V — 373
- K. Urlaubsregelungen und Arbeitsbefreiung — 375
 - I. Entstehung des Urlaubsanspruchs — 376
 - II. Der Anspruch auf Erholungsurlaub — 377
 - III. Wann besteht ein Anspruch auf Zusatzurlaub? — 388
 - IV. Wann muss Sonderurlaub gewährt werden? — 389
 - V. Arbeitsbefreiung — 393
- L. Beendigung von Arbeitsverhältnissen – Welche Vorgaben des TV-V beachtet werden müssen — 395
 - I. Möglichkeiten zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses — 395
 - II. Welche Vorgaben macht der TV-V? — 395

Kapitel 4

Arbeits- und Sozialrecht in der Ausschließlichen Wirtschaftszone

- A. Die Ausschließliche Wirtschaftszone nach Art. 55 ff. SRÜ und ihr Rechtsregime — 412
 - I. Die AWZ — 412
 - II. Rechtsgeltung in der AWZ — 413
- B. Geltung arbeitsrechtlicher Gesetze in der AWZ — 418
 - I. Geltung des Arbeitszeitrechts in der AWZ — 418
 - II. Arbeitsschutzrecht — 428
 - III. Geltung des Betriebsverfassungsgesetzes – Bestehen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates? — 431
 - IV. Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes — 438
 - V. Geltung des Sozialversicherungsrechts? — 441

Stichwortverzeichnis — 445

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis — XXXIII

Literaturverzeichnis — XLI

Kapitel 1

Überblick über die Besonderheiten des Arbeitsrechts in der Energiewirtschaft

- A. Energiewirtschaft als regulierte Industrie — 1
- B. Sondertarifrecht der Versorgungswirtschaft — 4
- C. Energiewirtschaftliche Betätigung in der Ausschließlichen Wirtschaftszone — 4

Kapitel 2

Arbeitsrechtliche Aspekte der Entflechtung in der Energiewirtschaft

- A. Grundlagen – Wer muss entflechten? — 5
 - I. Wesentliche Begriffe — 5
 - 1. Energieversorgungsunternehmen — 6
 - 2. Vertikal integriert — 6
 - 3. Verbundene Unternehmen — 6
 - 4. Betreiber eines Energieversorgungsnetzes — 7
 - 5. Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber — 8
 - a) Übertragungsnetzbetreiber — 8
 - b) Fernleitungsnetzbetreiber — 8
 - c) Verteilernetzbetreiber — 9
 - II. Entflechtung (Unbundling) — 10
- B. Energiewirtschaft als regulierte Industrie – Bedeutung der BNetzA und der Anreizregulierung — 11
 - I. Befugnisse der Regulierungsbehörden im Rahmen des Vollzugs der Entflechtungsvorschriften — 11
 - II. Sanktionsmöglichkeiten der Regulierungsbehörden bei Verstößen — 12
 - III. Anreizregulierung als Regulierungsinstrument — 13
 - 1. Was sind Lohnzusatzleistungen i.S.d. § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV? — 13
 - a) Orientierung an Gesetzen oder Rechtsverordnungen? — 14
 - b) Negativabgrenzung vom Lohnbegriff des § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG? — 14
 - c) Negativabgrenzung zum Begriff „Lohnersatzleistungen“ und „Arbeitgeberzuschuss“? — 14

d)	Übertragbarkeit der zu § 31 TKG entwickelten Auslegungsgrundsätze? — 15
e)	„Lohnzusatzleistungen“ in der Rechtsprechung — 15
2.	Auslegung von § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV — 16
a)	Maßgebliche Auslegungsgrundsätze — 16
b)	Wortlaut der Norm — 17
c)	Sinn des § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV und der Ermächtigungsgrundlage — 17
d)	Wille des Normgebers/Praktische Übung — 17
e)	Bewusste Anlehnung an die Differenzierung des Statistischen Bundesamtes? — 18
f)	Übernahme der Begriffsbildung der Tarifparteien? — 19
g)	„Lohnzusatzleistungen“ als Typusbegriff — 20
h)	Bestätigung durch die innere Systematik von § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV — 21
i)	Fazit zum Begriff „Lohnzusatzleistungen“ — 21
3.	Was sind tarifvertragliche und betriebliche Vereinbarungen? — 22
a)	Tarifvertragliche Vereinbarungen — 22
aa)	Tarifverträge — 22
bb)	Vertragliche Inbezugnahme von Tarifverträgen — 22
b)	Betriebliche Regelungen — 23
aa)	Kollektivvereinbarungen der betrieblichen Sozialpartner — 23
bb)	Betriebliche Einheitsregelungen, Gesamtzusagen, betriebliche Übung? — 24
4.	„Vor“ dem 31.12.2008 abgeschlossene Vereinbarungen — 24
5.	Fazit — 26
6.	Auslegung von § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV durch die BNetzA — 26
C.	Rechtliche Entflechtung – Welches Gestaltungsmodell passt am besten? — 28
I.	Rechtsform der Netzgesellschaft — 29
1.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung — 30
2.	GmbH & Co. KG — 31
3.	Aktiengesellschaft — 31
4.	Grundsätzliche Unzulässigkeit eines Eigenbetriebs — 31
II.	Konzernstrukturen und Entflechtung — 32
1.	Tochter-Modell — 32
2.	Holding-Modell — 32
III.	Umfang der rechtlichen Entflechtung von Verteilernetzbetreibern — 33
1.	„Große“ oder „breite“ Netzgesellschaft mit Eigentumsübertragung — 33
a)	Einzelrechtsnachfolge bzw. Gesamtrechtsnachfolge — 33
b)	Rahmenbedingungen — 34

2.	„Große“ oder „breite“ Netzgesellschaft ohne Eigentumsübertragung (Pachtmodell I) — 34
3.	„Kleine“ oder „schlanke“ Netzgesellschaft (Pachtmodell II) — 35
4.	Mehrpartennetzgesellschaft — 36
5.	Gemeinsame Netzgesellschaft mehrerer EVU — 36
D.	Die operative Entflechtung – Rahmenbedingungen und Lösungsmodelle — 37
I.	Personelle Entflechtung – Grundlagen — 37
1.	Betroffener Personenkreis — 38
a)	Leitungspersonen und Letztentscheider — 38
aa)	Personen mit Leitungsaufgaben — 38
bb)	Personen mit Letztentscheidungsbefugnis — 40
b)	Entbehrlichkeit einer Zuordnung zu den beiden Alternativen — 41
2.	Gesetzliche Vorgaben für die Ausgestaltung des Beschäftigungsverhältnisses — 42
a)	Vorgaben nach § 7a Abs. 2 Nr. 1 EnWG — 42
aa)	Zuordnungsvorgaben für Netzmitarbeiter — 42
bb)	Energiewirtschaftliche und arbeitsrechtliche Qualifikation von „betrieblichen Einrichtungen“ — 43
cc)	„Angehörigkeit“ einer mit Netzaufgaben befassten Person — 44
dd)	Berufliche Handlungsunabhängigkeit — 45
ee)	Zweck der Regelung — 46
b)	Vorgaben für mit sonstigen Aufgaben des Netzbetriebs betraute Personen — 47
3.	Rechtliche Sanktionen bei Verstoß gegen § 7a Abs. 3 EnWG — 48
a)	Nichtigkeit von Maßnahmen gemäß § 134 BGB — 49
b)	Schadensersatzanspruch — 49
4.	Ausgestaltung von Anstellungsverträgen — 51
a)	Ausgangspunkt 1: Verbot von Doppelfunktionen — 51
b)	Ausgangspunkt 2: Berufliche Handlungsunabhängigkeit — 52
aa)	Beendigung des Anstellungsverhältnisses und Vertragslaufzeit — 52
bb)	Kündigungsbeschränkungen bei Vorstandsmitgliedern — 53
cc)	Kündigungsbeschränkungen bei Geschäftsführern — 53
c)	Vergütungsstruktur — 54
d)	Ausgestaltung von Rückkehrzusagen — 55
e)	Ruhendes Arbeitsverhältnis — 56
f)	Vereinbarung der Geltung des KSchG als Gestaltungsalternative? — 57
g)	Übergangsgeld als Gestaltungsvariante — 58
5.	Abberufung von Geschäftsleitungsorganen — 58
a)	AG — 59

- b) GmbH — 60
- II. Gleichbehandlungsprogramm und -beauftragter — 60
 - 1. Wer muss ein Gleichbehandlungsprogramm aufstellen? — 61
 - 2. Zwingender Mindestinhalt des Gleichbehandlungsprogramms — 62
 - a) Verschwiegenheitsklausel — 62
 - b) Diskriminierungsverbot — 62
 - c) Sanktionsklausel — 63
 - 3. Arbeitsrechtliche Auswirkungen der Vorgaben zum Gleichbehandlungsprogramm — 63
 - a) Möglichkeiten zur Implementierung eines Gleichbehandlungsprogramms — 63
 - b) § 7a Abs. 5 EnWG als Ermächtigungsnorm — 64
 - c) Rechtstechnische Möglichkeiten der Implementierung — 64
 - d) Kompetenzen des Arbeitgebers kraft Direktionsrechts — 65
 - aa) Verschwiegenheitsklauseln — 66
 - bb) Diskriminierungsverbot — 67
 - cc) Sanktionsklauseln — 68
 - e) Ausübungskontrolle — 69
 - 4. Exkurs: Bekanntmachung des Gleichbehandlungsprogramms — 69
 - 5. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei der Ausgestaltung des Gleichbehandlungsprogramms — 69
 - a) Keine Sperre nach § 87 Abs. 1 Einleitungssatz BetrVG — 69
 - b) Mitbestimmungspflichtiger Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Ausgestaltung — 70
 - aa) Kein Mitbestimmungsrecht bezüglich Konkretisierung der Arbeitspflicht — 71
 - bb) Mitbestimmungspflichtigkeit von Regelungen zur betrieblichen Ordnung — 71
 - cc) Mitbestimmungspflichtigkeit nach § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG — 74
 - dd) Auswirkung einer teilweisen Mitbestimmungspflichtigkeit — 75
 - ee) Keine Sperre durch das Günstigkeitsprinzip — 75
 - c) Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich des zu beteiligenden Gremiums — 76
 - aa) Grundsatz: Entscheidungsfreiheit — 76
 - bb) Einbindung des falschen Gremiums — 77
 - 6. Weitere arbeitsrechtliche Aspekte bei der Einführung eines Gleichbehandlungsprogramms — 79
 - a) Gleichbehandlungsbeauftragter — 79
 - aa) Zuweisung der Aufgaben eines Gleichbehandlungsbeauftragten als Versetzung — 79

bb) Kein Sonderkündigungsschutz für Gleichbehandlungsbeauftragte — 79	
b) Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats — 80	
aa) Beendigung von Arbeitsverhältnissen — 80	
bb) Versetzung durch Tätigkeit als Gleichbehandlungsbeauftragter — 80	
cc) Schulungen zum Gleichbehandlungsprogramm — 81	
III. Unabhängige Entscheidungsgewalt der Netzgesellschaft — 81	
1. Entscheidungsunabhängigkeit als Grundsatz — 82	
2. Wahrnehmung der wirtschaftlichen Befugnisse und Aufsichtsrechte durch das EVU — 83	
E. Informatorische Entflechtung — 85	
F. Entflechtung von Transportnetzbetreibern — 87	
I. Vorgaben des EnWG — 88	
II. Eigentumsrechtliche Entflechtung — 88	
1. Eigentumstrennung — 89	
2. Ausschluss von Kontrollmöglichkeiten — 89	
3. Ausstattung des ETB — 89	
4. Verbot von Informationsweitergabe und Personalübergang — 90	
III. Unabhängiger Systembetreiber — 91	
IV. Unabhängiger Transportnetzbetreiber — 92	
1. Verantwortungserweiterung des UTB — 92	
2. Einzelne Entflechtungsvorgaben — 92	
a) Vorgaben nach § 10a EnWG — 92	
aa) Eigentum an Vermögenswerten — 93	
bb) Personelle Entflechtung — 94	
cc) Grundsätzlicher Ausschluss von Dienstleistungen — 94	
dd) Außenauftreten — 95	
ee) Verbot gemeinsamer IT (Soft- und Hardware sowie IT-Auftragnehmer) — 95	
ff) Räumliche Trennung von UTB und EVU — 97	
gg) Vorgaben für die Wirtschaftsprüfung — 97	
b) Finanzielle und organschaftliche Unabhängigkeit — 97	
aa) Finanzielle Unabhängigkeit — 98	
bb) Gesellschaftsrechtliche Entflechtung	
Teil I/Einflussnahmeverbote — 99	
cc) Gesellschaftsrechtliche Entflechtung Teil II — 99	
dd) Ausgestaltung von finanziellen und kommerziellen Beziehungen — 99	
ee) Organschaftliche Haftung von Organmitgliedern des EVU — 100	
c) Personelle Entflechtung — 100	

- aa) Informationsvorlage hinsichtlich Unternehmensleitung — 100
 - bb) Karenzzeit vor Übernahme der Unternehmensleitung des UTB — 101
 - cc) Strenge vertragliche Anbindung des Personals bei dem UTB — 101
 - dd) Verbot von Unternehmensbeteiligungen — 102
 - d) Aufsichtsrat — 103
 - aa) Verpflichtung zur Aufsichtsratsbildung — 104
 - bb) Erweiterte Aufgaben des Aufsichtsrats — 104
 - cc) Unabhängigkeitsanforderungen für die Mitglieder des Aufsichtsrats — 104
 - e) Gleichbehandlungsprogramm und -beauftragter — 105
 - aa) Stärkung der Position des Gleichbehandlungsbeauftragten — 106
 - bb) Einbindung der BNetzA bei Bestellung und Ablehnungsrecht — 106
 - cc) Berichtspflicht gegenüber der BNetzA — 106
 - dd) Teilnahme- und Rederecht bzw. -pflicht — 107
 - ee) Berichtspflicht gegenüber dem Aufsichtsrat — 107
 - ff) Empfehlungen gegenüber der Unternehmensleitung — 107
- G. Arbeitsrechtliche Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten — 108
- I. Betriebsübergang gemäß § 613a BGB — 109
 - 1. Was ist ein Betriebsübergang i.S.d. § 613a BGB? — 109
 - 2. Überblick über die Darstellung — 110
 - 3. Gestaltungsmöglichkeiten zur Herbeiführung oder Verhinderung eines Betriebsübergangs — 111
 - a) Bestehende organisatorische Einheit — 111
 - b) Kennzeichnung der erforderlichen organisatorischen Einheit — 111
 - c) Organisatorische Gestaltungsformen auf betrieblicher Ebene beim Betreiben von Strom- und Gasnetzen — 112
 - d) Übernahme der wesentlichen Betriebsmittel und/oder wesentlichen Arbeitnehmer — 113
 - aa) Übergang bei betriebsmittelgeprägter Tätigkeit — 114
 - (1) Bedeutungslosigkeit der Eigentumsverhältnisse — 114
 - (2) Das Netz ist kein Betriebsmittel i.S.d. § 613a BGB — 115
 - bb) Konsequenzen für die Übertragung von Betriebsteilen — 116
 - e) Übergang bei betriebsmittelarmer Tätigkeit — 117
 - f) Abgrenzung zur Auftrags- und Funktionsnachfolge — 119
 - g) Keine wesentliche Unterbrechung — 119
 - h) Tatsächliche Fortsetzung der gleichen oder gleichartigen Tätigkeit — 120

- i) Änderung des Betriebszwecks oder der Betriebsorganisation — 120
- j) Keine Betriebsidentität bei Ablehnung von Angeboten des potentiellen Erwerbers — 121
- k) Übergang durch Rechtsgeschäft — 122
- 4. Besonderheiten bei Leitungspersonen und Letzentscheidern? — 123
- 5. Typische Fallkonstellationen — 124
 - aa) Kleine Lösung (Pachtmodell) — 124
 - bb) Kein Betriebsübergang in Bezug auf Mitarbeiter des EVU bei Wahl der „kleinen Lösung“ — 125
 - cc) Konzessionswechsel — 126
 - dd) Große Lösung — 127
 - ee) Mehrpartennetzgesellschaft — 128
 - ff) Gemeinsame Netzgesellschaft mehrerer EVU — 128
 - gg) Besonderheiten bei Beendigung eines befristeten Pachtvertrags ohne unmittelbaren Anschlusspächter — 129
- 6. Rechtsfolgen eines Betriebsübergangs — 131
 - a) Übergang von Arbeitsverhältnissen — 131
 - aa) Besonderheiten in der Energiewirtschaft — 131
 - bb) Zuordnung von Mitarbeitern im Zusammenhang mit § 613a BGB — 131
 - b) Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers — 133
 - aa) Besonderheiten für Leitungspersonen und Letzentscheider? — 133
 - bb) Widerspruch als „Risikogeschäft“ für den Arbeitnehmer — 134
 - cc) Exkurs: Anrechnung anderweitigen Verdienstes als Gestaltungsmöglichkeit zur faktischen Verhinderung von Widersprüchen — 135
 - c) Haftung nach § 613a BGB — 136
 - d) Konsequenzen des Betriebsübergangs für arbeitsvertragliche Rechte und Pflichten — 138
 - aa) Einbeziehung von Arbeitsvertrag, betrieblicher Übung und Gesamtzusage — 138
 - bb) Anrechnung der Betriebszugehörigkeit — 138
 - cc) Übernahme einzelvertraglicher Rechte und Pflichten — 138
 - e) Kollektivvertragliche Konsequenzen eines Betriebsübergangs — 139
 - aa) Rechtsfolgen bei gesetzlicher Tarifbindung — 139
 - bb) Rechtsfolgen für Arbeitnehmer mit Bezugnahmeklausel im Arbeitsvertrag — 146

cc) Inkrafttreten eines Tarifvertrags nach Betriebs- übergang — 148
f) Ablösung einer Betriebsvereinbarung nach Betriebsübergang durch Betriebsvereinbarung — 149
g) Kündigungsrechtliche Folgen eines Betriebsübergangs — 149
aa) Teleologische Reduktion von § 1 Abs. 3 KSchG? — 150
bb) Nichterforderlichkeit einer Sozialauswahl? — 150
cc) Berücksichtigung der Gründe für den Widerspruch im Rahmen der Sozialauswahl? — 150
dd) Richtiger Ansatz: Allgemeine Grundsätze — 151
II. Umwandlungsrechtliche Lösungen — 152
1. Umwandlungsmöglichkeiten nach dem UmwG — 152
2. Spaltungsarten und besondere Vorgaben für Spaltungen — 153
a) Aufspaltung — 153
b) Abspaltung — 154
c) Ausgliederung — 154
3. Verschmelzung — 155
4. Anwachsung — 155
5. Wirksamwerden der Umwandlung — 155
6. Arbeitsrechtliche Wirkung von Umwandlungen im Überblick — 156
a) Betriebsübergang — 156
aa) Rechtsgrundverweisung — 156
bb) Bewertung von Spaltungen — 156
cc) Bewertung einer Verschmelzung — 157
dd) Rechtsfolgen eines umwandlungsbedingten Betriebs- übergangs — 157
b) Differenzierung zwischen Unternehmens- und Betriebs- ebene — 161
aa) Keine Veränderung betrieblicher Strukturen — 161
bb) Umwandlung in Verbindung mit einer Betriebs- änderung — 162
c) Informationspflichten gegenüber Arbeitnehmer- vertretern — 162
III. Betriebsverfassungsrechtliche Herausforderungen — 163
1. Gemeinschaftsbetrieb im arbeitsrechtlichen Sinne — 163
a) Was ist ein Betrieb im betriebsverfassungsrechtlichen Sinn? — 163
aa) Betriebsbegriff — 163
bb) Gemeinschaftsbetrieb — 164
b) Energiewirtschaftsrechtliche Vorgaben — 164
aa) Vorgaben nach § 7a Abs. 2 Nr. 1 EnWG — 164
bb) Vorgaben des § 7a Abs. 2 Nr. 2 EnWG — 169

cc) Organisatorische Vorgaben des § 7a Abs. 4 EnWG — 171
dd) Informatorische Entflechtung — 172
2. Fiktiver Gemeinschaftsbetrieb als zulässige Gestaltungsform? — 173
a) Bisherige praktische Bedeutung — 173
b) Vereinbarungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG als (theoretische) Gestaltungsmöglichkeit — 174
c) Vereinbarkeit mit energiewirtschaftsrechtlichen Vorgaben? — 174
d) Nichtvorliegen der Vorgaben des § 3 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG — 176
aa) Voraussetzungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG — 177
bb) Nichterfüllung durch bloßes Ziel der Strukturbereinigung — 180
e) Folgen für fehlerhaft gebildete Betriebsräte — 180
3. Übergangsmandat des Betriebsrats — 182
a) Energiewirtschaftsrechtliche Bedenken — 182
b) Zulässigkeit infolge Zuständigkeits trennung — 182
c) Übergangsmandat für Letztentscheider? — 182
4. Zulässigkeit der Bildung eines Konzernbetriebsrats? — 183
a) Kein Verstoß gegen § 7a Abs. 3 EnWG — 183
b) Verstoß gegen § 7a Abs. 2 Nr. 1 EnWG? — 184
c) Verstoß gegen § 7a Abs. 4 EnWG? — 185
IV. Modellwechsel – Arbeitsrechtliche Wege von der schlanken zur breiten Netzgesellschaft — 185
1. Motivationen für einen Modellwechsel — 186
a) Anreizregulierung — 186
aa) Pacht- und Dienstleistungsmodell oder „schlanke“ Netzgesellschaft — 186
bb) Breite Netzgesellschaft ohne Eigentumsübertragung — 186
cc) Breite Netzgesellschaft mit Eigentumsübertragung — 187
dd) Fernwirkungen für die Entflechtungsvorgaben — 187
b) Neue Vorgaben für die Arbeitnehmerüberlassung — 187
2. Wege zur Bewahrung der Effizienzneutralität von Personal- kosten — 188
a) Ausgangsdilemma – kein Betriebsübergang durch bloße Netzübertragung — 188
aa) Netzbetrieb durch die Netzgesellschaft als Hinderungsgrund für einen betriebsmittelintensiven Betriebsübergang — 189
bb) „Psychologischer“ Gesichtspunkt: Überzeugungsaufwand — 189
b) Lösungsmodelle — 189
aa) Lösungsmodell 1 — 190
bb) Lösungsmodell 2 — 191
cc) Lösungsmodell 3 — 191

dd) Lösungsmodell 4 — 192
ee) Lösungsmodell 5 — 193
ff) Lösungsmodell 6 — 194
c) Fazit — 195
3. Ein Gemeinschaftsbetrieb als Mittel zur „Rettung“ der schlanken Netzgesellschaft? — 196
4. Fremdpersonaleinsatz bei der Netzgesellschaft — 197
a) Arbeitnehmerüberlassung — 197
b) Kennzeichnung einer Arbeitnehmerüberlassung – Abgrenzung zu Dienst- und Werkvertrag — 198
c) Keine energiewirtschaftsrechtlichen Besonderheiten — 198
d) Abnehmende praktische Bedeutung in der Energiewirtschaft — 199
V. Grenzen von gemeinsamen Dienstleistungen (Shared-Services) – Was ist zulässig? — 199
1. Betriebswirtschaftlicher Hintergrund — 199
2. Praxisrelevante Gestaltungsmodelle — 200
3. Energiewirtschaftsrechtliche Grenzen — 201
a) Keine Delegation von Leitungsaufgaben — 201
b) Beachtung der Bestimmungen des EnWG — 201
c) Besondere Vorgaben für Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber — 202
d) Vorgaben zur informationellen Entflechtung — 202
VI. Folgen für die Bildung von Aufsichtsräten — 203
1. Konzernzurechnung von Mitarbeitern der Netzgesellschaft zum EVU — 204
a) Unternehmensmitbestimmung nach dem DittelbG — 204
aa) Konzernzurechnung — 204
bb) Wahlrecht — 204
b) Unternehmensmitbestimmung nach dem MitbestG — 205
aa) Zurechnung von Mitarbeitern nach § 5 MitbestG — 205
bb) Keine Einschränkung durch energiewirtschaftsrechtliche Vorgaben — 205
c) Unternehmensmitbestimmung nach dem Montan-MitbestG — 207
2. Besetzung des Aufsichtsrats — 208
a) Aufsichtsrat des EVUs — 208
b) Aufsichtsrat der Netzgesellschaft — 209
VII. Sozialversicherungsrechtliche Fernwirkungen — 209
1. Sozialversicherungsrechtliche Selbständigkeit aufgrund Entflechtung? — 210
2. Maßgeblichkeit des konkret gelebten Beschäftigungsverhältnisses — 211

Kapitel 3**Grundstrukturen und Problemschwerpunkte des Tarifvertrags für Versorgungsbetriebe**

- A. Rechtliche Grundlagen — 213**
 - I. Was ist und welche Bedeutung hat ein Tarifvertrag? — 213
 - 1. Privatrechtlicher Vertrag — 213
 - 2. Mögliche Parteien eines Tarifvertrags — 213
 - 3. Formale und inhaltliche Anforderungen — 214
 - 4. Arten von Tarifverträgen — 214
 - 5. Einordnung des TV-V — 214
 - II. Tarifauslegung — 214
 - III. Die Struktur des TV-V — 215
- B. Der Geltungsbereich des TV-V und seine wichtigsten Ausnahmen — 216**
 - I. Die normative Anwendung des TV-V — 216
 - 1. Unterschiede Tarifbindung und Tarifgeltung — 216
 - 2. Unmittelbare und zwingende Geltung — 217
 - 3. Tarifpluralität und Tarifkonkurrenz — 217
 - a) Tarifpluralität — 218
 - b) Tarifkonkurrenz — 218
 - II. Tarifbindung nach § 1 Abs. 1 und 2 TV-V — 219
 - 1. Anwendungsvoraussetzungen nach § 1 Abs. 1 TV-V — 220
 - a) Rechtlich selbständiger Versorgungsbetrieb — 220
 - aa) Was bedeutet rechtlich selbständig? — 221
 - bb) Was ist ein Versorgungsbetrieb? — 221
 - cc) Zahl der Arbeitnehmer in den Bereichen Energie- und/oder Wasserversorgung einschließlich zugehöriger Dienstleistungen — 222
 - dd) Sonderregeln im Fall der Einbindung in einen Konzern — 223
 - ee) Art des Betriebs – Ausgrenzung öffentlich-rechtlicher Rechtsträger — 224
 - ff) Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 S. 1 BetrVG — 225
 - b) In der Regel mehr als 20 „wahlberechtigte Arbeitnehmer“ — 226
 - c) Mitgliedschaft in Arbeitgeberverband, der VKA angehört — 226
 - 2. Anwendungserhaltung bei Wegfall der Voraussetzungen — 226
 - 3. Herausnahmen nach § 1 Abs. 3, 4 TV-V — 227
 - a) Herausnahme bestimmter Arbeitnehmergruppen — 227
 - b) Ausgrenzung der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg e.V. — 228
 - 4. Anwendung des TV-V auf der Grundlage eines landesbezirklichen Tarifvertrags — 228

- a) Gestaltungsspielraum: Anwendung oder Herausnahme von Betrieben — **228**
 - b) Formale Voraussetzungen — **229**
 - c) Hinweinwachsen in den TV-V — **229**
- III. Im TV-V nicht vorgesehene Gestaltungsmöglichkeiten — **230**
- 1. Firmentarifvertrag — **230**
 - 2. Arbeitsvertragliche Inbezugnahme — **230**
- C. Anbahnung eines Arbeitsverhältnisses im Geltungsbereich des TV-V — **231**
- D. Welche Vorgaben gelten für den Arbeitsvertrag? — **232**
- I. Tarifliche und gesetzliche Formvorgaben — **232**
 - II. Nebenabreden und betriebliche Übung — **233**
 - 1. Schriftformerfordernis für Nebenabreden — **233**
 - 2. Schriftformerfordernis hinsichtlich Probezeitvereinbarungen — **234**
 - 3. Flexibilisierung von Nebenabreden durch den TV-V — **234**
- E. Welche Vorgaben bestehen für allgemeine Arbeitsbedingungen? — **235**
- I. Weitgehender Verweis auf das allgemeine Arbeitsrecht — **235**
 - II. Die Pflicht zur Anzeige von Nebentätigkeiten — **235**
 - 1. Anzeigepflicht bezüglich entgeltlicher Nebentätigkeit — **236**
 - a) Nebentätigkeit — **236**
 - b) Entgeltlichkeit der Nebentätigkeit — **237**
 - 2. Inhalt der Anzeigepflicht des Arbeitnehmers — **238**
 - 3. Untersagungsrecht des Arbeitgebers — **238**
 - 4. Verstoß gegen die Anzeigepflicht — **239**
 - 5. Abgrenzung zum verbotenen Wettbewerb — **239**
- III. Ärztliche Untersuchungen – was kann der Arbeitgeber verlangen? — **241**
- 1. Allgemeine Grenzen der Mitwirkungspflicht bei ärztlichen Untersuchungen — **241**
 - 2. Umsetzung durch den TV-V — **241**
 - 3. Zulässiger Vertrauensarzt — **242**
- F. Eingruppierung von Mitarbeitern/innen nach dem TV-V — **242**
- I. Grundlagen der Eingruppierung gemäß § 5 TV-V — **243**
 - 1. Was ist eine Eingruppierung? — **243**
 - 2. Abgrenzung zur Umgruppierung — **244**
 - 3. Bedeutung der Eingruppierung — **244**
 - 4. Grundsatz der Tarifautomatik — **244**
 - 5. Für die Eingruppierung irrelevante Faktoren — **246**
 - II. Die „auszuübende“ Tätigkeit als Bestimmungsfaktor der tariflichen Eingruppierung — **246**
 - 1. Die wirksam zugewiesene Tätigkeit — **247**
 - 2. Veränderung der Tätigkeit des Arbeitnehmers ohne Mitwirkung des Arbeitgebers — **248**
 - III. Die „regelmäßig“ auszuübende Tätigkeit — **249**

IV.	Begriff und Bedeutung der „Tätigkeit“ i.S.d. TV-V — 249
1.	Maßgeblichkeit der gesamten Tätigkeit — 249
2.	Begriffsbestimmung — 250
3.	Erforderliche Schritte — 251
V.	Aufbau der Entgeltordnung – Entgeltgruppen und Tätigkeitsbeispiele — 252
1.	Systematik der Anlage 1 zum TV-V — 253
a)	Anforderungsgruppen — 253
b)	Der „sonstige“ Arbeitnehmer — 255
2.	Die Vorbemerkungen zur Anlage 1 zum TV-V — 256
a)	Bedeutung der Oberbegriffe und Tätigkeitsbeispiele — 256
b)	Gleichwertigkeit der Oberbegriffe in einer Entgeltgruppe — 258
c)	Vereinbarung weiterer Tätigkeitsbeispiele — 258
d)	Eingruppierung der Vorarbeiter und Vorhandwerker — 258
3.	Die Entgeltgruppen im Einzelnen — 259
a)	Entgeltgruppenaufbau im TV-V — 259
b)	Anforderungsgruppe 1 (EG 1-4) — 259
aa)	EG 1 — 259
bb)	EG 2 — 261
cc)	EG 3 — 261
dd)	EG 4 — 262
c)	Anforderungsgruppe 2 (EG 5-8) — 263
aa)	EG 5 — 263
bb)	EG 6 — 264
cc)	EG 7 — 267
dd)	EG 8 — 267
d)	Anforderungsgruppe 3 (EG 9 und 10) — 269
aa)	EG 9 — 270
bb)	EG 10 — 271
e)	Anforderungsgruppe 4 (EG 11-15) — 273
aa)	EG 11 — 273
bb)	EG 12 — 273
cc)	EG 13 — 274
dd)	EG 14 — 274
ee)	EG 15 — 274
4.	Ergänzung der Anlage 1 durch landesbezirklichen Tarifvertrag in NRW — 275
VI.	Mitbestimmung des Betriebsrats — 276
1.	Beteiligung des Betriebsrats bei Eingruppierungen — 276
2.	Vorgaben des TV-V — 277
a)	Mitbestimmungsrecht trotz Tarifautomatik — 277
b)	Umfang des Mitbestimmungsrechts — 277

aa) Erstreckung auf Stufenzuordnung — 277	
bb) Förderliche Zeiten — 278	
VII. Einstufung innerhalb der Entgeltgruppe — 278	
1. Systematik der Einstufung — 279	
2. Regelfall der Ein- und Höherstufung — 279	
3. Ausnahmefälle — 281	
a) Berücksichtigung förderlicher Zeiten — 281	
aa) Kennzeichnung „förderlicher“ Zeiten — 282	
bb) Richtiger Umgang mit Restlaufzeiten — 282	
cc) Ermessensspielraum des Arbeitgebers — 283	
b) Über- bzw. unterdurchschnittliche Leistungen — 283	
aa) Überdurchschnittliche Leistungen — 284	
bb) Unterdurchschnittliche Leistungen — 285	
4. Mitbestimmung — 285	
G. Umgruppierung und Übertragung höherwertiger Tätigkeiten — 286	
I. Höhergruppierung — 286	
1. Ursachen für eine Höhergruppierung — 286	
a) Zuweisung einer höherwertigen Tätigkeit durch den Arbeitgeber — 286	
b) Hineinwachsen in eine höherwertige Tätigkeit ohne Handeln des Arbeitgebers — 286	
c) Die nicht billigem Ermessen entsprechende vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit — 286	
d) Die falsche Eingruppierung des Arbeitnehmers — 287	
2. „Anspruch“ auf Höhergruppierung außerhalb der Tarifautomatik — 287	
a) Vertragliche Vereinbarung — 287	
b) Anspruch aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz — 287	
c) Schadensersatzanspruch — 289	
3. Einstufung bei Höhergruppierung — 289	
II. Herabgruppierung und Rückgruppierung — 291	
1. Herabgruppierung durch Zuweisung einer geringer zu bewertenden Tätigkeit — 291	
2. Herabgruppierung infolge einer Veränderung der Wertigkeit der Tätigkeit ohne Übertragung — 291	
3. Korrigierende Rückgruppierung — 292	
4. Einstufung bei Herabgruppierung — 293	
III. Vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit — 294	
1. Voraussetzung und Zulässigkeit einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit — 294	
a) Doppelte Billigkeitsprüfung — 294	
b) Mehrmalige Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit — 296	

2. Form der Übertragung — 296
IV. Höhe der Zulage nach § 5 Abs. 3 S. 2 TV-V — 297
V. Mitbestimmung des Betriebsrats — 298
H. Die Vergütung nach dem TV-V — 298
I. Systematik der Vergütung nach § 6 TV-V und Anlage 2 TV-V — 298
II. Entgelttabelle nach § 6 Abs. 1 TV-V i.V.m. Anlage 2 TV-V — 299
III. Bemessungszeitraum und Fälligkeit sowie Zahlungsform des Entgelts — 300
1. Bemessungszeitraum — 300
a) Entgeltbegriff — 300
b) Richtiger Umgang mit unständigen Entgeltbestandteilen — 301
aa) Grundsatz — 301
bb) Ausnahme — 301
2. Fälligkeit und Auszahlung des Entgeltes — 301
a) Fälligkeit — 301
b) Auszahlung — 302
IV. Bemessungsgrundlage der Entgeltfortzahlung — 302
1. Fälle der Entgeltfortzahlungsregelung — 302
2. Bemessungsgrundlage der Entgeltfortzahlung — 303
a) Tarifliche Entgelte — 303
b) Volle Kalendermonate — 303
c) Berechnung des Drei-Monats-Durchschnitts — 304
aa) Sonderfälle des Berechnungszeitraums — 304
bb) Berücksichtigung der Zeit — 305
3. Ausgenommene Entgeltbestandteile — 305
a) Überstundenentgelte — 306
b) Zusätzliche entlohnte Arbeitsstunden ohne Überstundencharakter i.S.d. TV-V — 306
V. Berechnung der Stundenentgelte nach dem TV-V — 307
1. Hintergrund für die geregelte Wochenanzahl — 307
2. Errechnung der monatlichen Stundenzahl — 307
3. Ermittlung der Stundenvergütung — 307
VI. Leistungsorientiertes Entgelt — 308
1. Gestaltungsmöglichkeiten nach dem TV-V — 308
2. Gewährung von Leistungszulagen — 309
a) Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungszulagen — 309
aa) Arbeitsqualität und Arbeitsquantität (Kriterien des Leistungsgrades) — 309
bb) Erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistungen — 310
cc) Wirtschaftlicher Erfolg des „Betriebes“ — 312
dd) Jederzeit und widerrufliche Gewährung — 313
b) Entwicklung eines betrieblichen Systems — 314

- c) Zusammensetzung und Zuständigkeit der betrieblichen Kommission — 314
 - aa) Zuständigkeit der betrieblichen Kommission — 314
 - bb) Zusammensetzung der betrieblichen Kommission — 315
 - 3. Leistungsprämien wegen besonderer Zielerreichungen — 315
 - 4. Keine Zusatzversorgungspflicht — 316
 - 5. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates nach dem BetrVG — 316
- I. Arbeitszeitregelungen — 316
- I. Arbeitszeitbegriff — 317
 - II. Dauer der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit — 318
 - 1. Verteilung der Arbeitszeit — 319
 - a) Ausgleichszeitraum — 319
 - b) Verteilung auf Wochentage — 320
 - 2. Ruhepausen — 321
 - a) Vorgaben im ArbZG — 321
 - b) Pausenbegriff — 321
 - 3. Teilzeit — 322
 - a) Praktische Bedeutung — 322
 - b) Voraussetzungen des Teilzeitanspruchs — 323
 - aa) Allgemeine Voraussetzungen — 323
 - bb) Besondere Voraussetzungen nach der Protokollnotiz — 324
 - c) Befristung der Teilzeittätigkeit — 324
 - d) Vergleichsentgeltermittlung für Teilzeit-Arbeitnehmer — 325
 - III. Arbeitszeitmodelle nach dem TV-V — 326
 - 1. Feste Arbeitszeit — 326
 - 2. Dienstpläne und schwankende Arbeitszeiten — 326
 - 3. Gleitzeit/Vertrauensarbeitszeit — 327
 - 4. Arbeitszeitkorridor — 327
 - a) Wirtschaftliche Bedeutung — 328
 - b) Voraussetzungen für die Einführung — 328
 - 5. Rahmenzeit — 329
 - a) Wirtschaftliche Bedeutung — 330
 - b) Gestaltungsspielraum — 330
 - c) Voraussetzungen — 330
 - IV. Einrichtung des Arbeitszeitkontos — 331
 - 1. Verpflichtung zur Einrichtung eines Arbeitszeitkontos bei Arbeitszeitkorridor oder Rahmenzeit — 331
 - a) Hintergrund — 331
 - b) Erforderlichkeit eines Arbeitszeitkontos — 331
 - 2. Inhalt der Betriebs- oder Dienstvereinbarung — 332
 - a) Fehlende Erzwingbarkeit — 332
 - b) Gestaltungsspielraum — 333

- aa) Räumlicher Geltungsbereich — 333
- bb) Zeitguthaben und Zeitschuld — 333
- cc) Grenzen von Ansprüchen der Arbeitnehmer — 333
- dd) Gestaltungsspielraum des Arbeitgebers — 334
- ee) Folgen eines kurzfristigen Widerrufs — 334
- 3. Buchbare Zeiten — 335
- 4. Arbeitsunfähigkeit während eines gewährten Zeitausgleichs — 335
- 5. Keine Vorgaben zu Langzeitkonten — 335
- V. Die Öffnungsklausel nach § 8 Abs. 4 TV-V — 336
 - 1. Erstreckung auf nicht tarifgebundene Arbeitnehmer — 336
 - 2. Betriebs- und Dienstvereinbarung — 337
 - 3. Abweichung nur bei dringenden betrieblichen Gründen — 337
 - 4. Die Abweichungsmöglichkeiten im Einzelnen — 338
- VI. Sonderformen der Arbeit — 341
 - 1. Verpflichtung zu Sonderformen der Arbeit — 341
 - 2. Die einzelnen Sonderformen der Arbeit — 341
 - a) Sonn- und Feiertagsarbeit — 341
 - aa) Arbeitsschutzrechtliche Grenzen der Gestaltungsfreizeit — 341
 - bb) Entgeltfortzahlung an Feiertagen — 342
 - cc) Dienstplangestaltung an Feiertagen — 342
 - dd) Sonderregelungen für Vorfesttage — 343
 - b) Nacharbeit — 343
 - c) Wechselschichtarbeit — 344
 - aa) Begriff — 344
 - bb) Folgen einer Qualifikation als Wechselschichtarbeit für die betriebliche Praxis — 345
 - d) Schichtarbeit — 345
 - e) Mehrarbeit — 347
 - f) Überstunden — 347
 - aa) Grundsätzliche Überstundenregelung — 347
 - bb) Abweichende Überstundenregelung — 348
 - g) Bereitschaftsdienst — 350
 - h) Rufbereitschaft — 351
- VII. Ausgleich für Sonderformen der Arbeit — 353
 - 1. Zeitzuschläge — 353
 - a) Verhältnis zum Entgelt — 353
 - b) Höhe der Zuschläge — 353
 - c) Zahlung „je Stunde“ — 354
 - d) Sonderregelung für Mehrarbeit — 354
 - aa) Klarstellungsfunktion — 355
 - bb) Bedeutung für die betriebliche Praxis — 355

- e) Zusammentreffen mehrerer Zeitzuschläge — 355
- f) Umwandlung von Zuschlägen in Zeit — 357
 - aa) Berechnung — 357
 - bb) Voraussetzungen einer Umwandlung — 358
- g) Irrtümliche Entrichtung von Zuschlägen — 358
- 2. Rufbereitschaft — 359
 - a) Vergütungsstruktur und Zusammensetzung — 359
 - b) Die Rufbereitschaftspauschale — 359
 - c) Arbeitsabruf während der Rufbereitschaft — 360
 - d) Umbuchung auf ein Arbeitszeitkonto — 360
 - e) Stundenweise Rufbereitschaft — 361
- 3. Bereitschaftsdienst — 361
- 4. Schichtzulagen bei Wechselschicht- und Schichtarbeit — 361
 - a) Differenzierung nach Arten der Wechselschicht- und Schichtarbeit — 361
 - b) Differenzierung nach Dauer der Wechselschicht- und Schichtarbeit — 363
 - c) Kennzeichnung „ständiger“ und „nicht ständiger“ Wechselschicht- bzw. Schichtarbeit — 363
 - aa) Ständige Wechselschicht- und Schichtarbeit — 363
 - bb) „Leisten“ von Wechselschicht- und Schichtarbeit — 364
 - cc) „Nicht ständige“ Wechselschicht- bzw. Schichtarbeit — 365
 - d) Anbindung an die Tarifentwicklung — 365
- J. Auswirkungen von Störungen des Arbeitsverhältnisses — 365
 - I. Was gilt bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit? — 365
 - II. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall — 366
 - III. Wann ist in welcher Höhe ein Krankengeldzuschuss zu gewähren? — 368
 - 1. Anspruch auf Krankengeldzuschuss — 368
 - a) Anspruchsvoraussetzungen — 368
 - 2. Berechnung der Anspruchshöhe — 368
 - a) Nettokrankengeld — 368
 - b) Nettoarbeitsentgelt — 368
 - c) Privat Versicherte — 369
 - 3. Sozialversicherungsrechtliche Besonderheiten — 369
 - 4. Anspruchsdauer — 370
 - a) Grundsatz — 370
 - b) Beendigung des Arbeitsverhältnisses — 370
 - aa) Krankengeldzuschuss — 370
 - bb) Entgeltfortzahlung — 370
 - 5. Wegfall/Verringerung des Anspruchs bei Verschulden des Arbeitnehmers — 371

6.	Vorschuss auf Rente — 371
a)	Regelung des TV-V — 371
b)	Regelungsinhalt — 372
aa)	Versehentliche Überzahlung durch den Arbeitgeber — 372
bb)	Unterlassene bzw. verzögerte Mitteilung durch den Arbeitnehmer — 372
IV.	Auswirkungen auf die Sonderzahlung nach § 16 TV-V — 373
1.	Entgeltfortzahlung i.S.d. § 16 Abs. 1 S. 4 TV-V — 373
2.	Elternzeit (ohne Entgeltanspruch) — 374
K.	Urlaubsregelungen und Arbeitsbefreiung — 375
I.	Entstehung des Urlaubsanspruchs — 376
II.	Der Anspruch auf Erholungsurlaub — 377
1.	Berechnung der Urlaubsdauer — 377
a)	Regelfall — 377
b)	Abweichende Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit — 377
c)	Wechsel von Vollzeit- in Teiltätigkeit — 378
d)	Umgang mit Bruchteilen — 378
e)	Unterjähriger Beginn/unterjährige Beendigung des Arbeitsverhältnisses — 379
aa)	Beginn vor dem 1.7. und ab dem 1.7. — 379
bb)	Unterjährige Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor und nach Erfüllung der Wartezeit — 380
2.	Begriff des Arbeitstages/Umgang mit Feiertagen — 380
3.	Urlaubsübertragung — 382
4.	Verfall des Urlaubs bei Dauererkrankung — 383
a)	Ausschluss von Erholungsurlaub bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit nach deutschem Recht — 383
b)	Ausschluss von Erholungsurlaub bei krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeit nach europäischem Recht — 384
c)	Untergang des Urlaubsanspruchs trotz Arbeitsunfähigkeit — 385
d)	Verfall des tariflichen Mehrurlaubs — 386
e)	Urlaubsabgeltung — 387
III.	Wann besteht ein Anspruch auf Zusatzurlaub? — 388
IV.	Wann muss Sonderurlaub gewährt werden? — 389
1.	Anspruchsvoraussetzungen — 389
2.	Anspruchsinhalt — 390
3.	Wichtiger Grund — 390
4.	Rechtsfolgen der Gewährung von Sonderurlaub — 391
a)	Ruhen der Hauptpflichten — 391
b)	Betriebszugehörigkeit — 391
c)	Regelung in Ergänzungsvereinbarungen — 392
d)	Sonderzahlung nach § 16 TV-V — 392

e)	Auswirkungen auf den Erholungsurlaubsanspruch	— 392
f)	Belehrung und Bestätigung	— 393
V.	Arbeitsbefreiung	— 393
1.	Verdrängung von § 616 BGB	— 393
2.	Tariflich geregelte Fälle	— 393
a)	Tagungen von Gewerkschaftsvertretern	— 393
b)	Tarifverhandlungen	— 394
c)	Beteiligung an Prüfungs- und Berufsbildungsausschüssen/ Tätigkeit in Organen von Sozialversicherungsträgern	— 394
3.	Sonstige Fälle – Erfordernis einer Betriebs- oder Dienstverein- barung	— 395
L.	Beendigung von Arbeitsverhältnissen – Welche Vorgaben des TV-V beachtet werden müssen	— 395
I.	Möglichkeiten zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses	— 395
II.	Welche Vorgaben macht der TV-V?	— 396
1.	Aufhebungsvertrag	— 396
2.	Arbeitsvertragliche Befristung und Bedingung	— 396
3.	Beendigung aufgrund Alters	— 396
a)	Regelaltersrente i.S.d. TV-V	— 396
b)	Wirksame Befristung	— 396
c)	Keine verbotene Altersdiskriminierung	— 398
aa)	Zeitlicher Anwendungsbereich	— 398
bb)	Unmittelbare Altersdiskriminierung	— 398
cc)	Rechtfertigung der Diskriminierung	— 399
dd)	Kein Verstoß gegen Art. 3 GG	— 401
ee)	Kein Verstoß gegen § 41 SGB VI	— 401
4.	Beendigung bei Erwerbsminderung	— 401
a)	Volle Erwerbsminderung	— 402
aa)	Sachliche Rechtfertigung	— 402
bb)	Kein Zustimmungserfordernis bei Schwer- behinderung	— 403
cc)	Unverzügliche Unterrichtung des Arbeitgebers und Auswirkung auf den Beendigungszeitpunkt	— 403
b)	Teilweise Erwerbsminderung	— 404
aa)	Schutzzweck der Regelung	— 404
bb)	Erfordernis einer unbefristeten Rente	— 405
cc)	Prüfungspflicht bezüglich geeigneten freien Arbeits- plätzen	— 405
dd)	Schriftlicher Antrag des Arbeitnehmers	— 406
ee)	Besonderheiten bei schwerbehinderten Arbeit- nehmern	— 407
ff)	Gerichtliche Geltendmachung	— 408

5. Kündigung von Arbeitsverhältnissen — 408
 - a) Kündigung befristeter Arbeitsverhältnisse — 408
 - b) Tarifliche Kündigungsfristen — 408
 - aa) (Teilweise) Nachteilig abweichende Kündigungsfrist — 408
 - bb) Für den Arbeitnehmer vorteilhafte Regelungen — 409
 - c) Rationalisierungsschutz — 409

Kapitel 4

Arbeits- und Sozialrecht in der Ausschließlichen Wirtschaftszone

- A. Die Ausschließliche Wirtschaftszone nach Art. 55 ff. SRÜ und ihr Rechtsregime — 412
 - I. Die AWZ — 412
 - II. Rechtsgeltung in der AWZ — 413
 1. Keine Geltung öffentlich-rechtlicher Bestimmungen ohne expliziten Anwendungsbefehl — 414
 2. Differenzierung zwischen Seeleuten als Besatzungsmitgliedern und „gewöhnlichen“ Arbeitnehmern — 415
 - aa) Differenzierung zwischen Besatzungsmitgliedern und „Offshore“-Tätigten — 415
 - bb) Umgang mit schwierig zuzuordnenden Fällen — 416
 - B. Geltung arbeitsrechtlicher Gesetze in der AWZ — 418
 - I. Geltung des Arbeitszeitrechts in der AWZ — 418
 1. Änderungen des ArbZG — 418
 2. Die „Offshore-Arbeitszeitverordnung“ (Offshore-ArbZV) — 419
 - a) Zielsetzung — 419
 - b) Hintergrund — 420
 - c) Geltungsbereich — 421
 - aa) Sachlicher Anwendungsbereich — 421
 - bb) Persönlicher Anwendungsbereich — 422
 - cc) Räumlicher Anwendungsbereich — 422
 - d) Verlängerung der Arbeitszeit — 423
 - aa) Besonderheiten bei Transportzeiten — 424
 - bb) Gestaltungsschranken — 425
 - cc) Befugnisse der Aufsichtsbehörden — 426
 - e) Ruhepausen, Sonn- und Feiertagsarbeit — 426
 - f) Nachweispflichten des Arbeitgebers — 426
 - g) Weitere Arbeitsschutzmaßnahmen — 427
 - h) Evaluation und Praxistauglichkeit — 427
 3. Schlussfolgerungen für die Geltung arbeitsrechtlicher Vorgaben in der AWZ — 428

- II. Arbeitsschutzrecht — 428**
 - 1. Arbeitsschutzgesetz — 428**
 - a) Behördliche Überwachung — 429**
 - b) Zuständige Behörden — 429**
 - 2. Arbeitsschutzrechtliche Vorgaben im Genehmigungsverfahren — 429**
 - a) Genehmigungsfähigkeit — 430**
 - b) Verpflichtung zur Seeraumbeobachtung — 430**
 - c) Erforderliche Maßnahmen bei einer Kollisionsgefahr — 431**
- III. Geltung des Betriebsverfassungsgesetzes – Bestehen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates? — 431**
 - 1. Fehlen einer ausdrücklichen Geltungsanordnung — 431**
 - 2. Differenzierung nach der Gestaltung der Einsatzbedingungen — 432**
 - a) Dauerhafter Einsatz in der AWZ — 432**
 - aa) Anwendbarkeit aufgrund des Internationalen Privatrechts? — 432**
 - bb) Anwendbarkeit kraft Ausstrahlungswirkung des BetrVG? — 432**
 - cc) Anwendung auf eine Beschäftigung in der AWZ — 435**
 - b) Vorübergehender Einsatz in der AWZ — 437**
- IV. Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes — 438**
 - 1. Anwendbarkeit des KSchG in der AWZ? — 438**
 - a) Keine normative Anwendbarkeit des KSchG — 438**
 - b) Keine analoge Anwendung des KSchG — 439**
 - 2. Hinweise zur Gestaltung von Betriebsstrukturen — 440**
 - 3. Auswirkungen einer expliziten Rechtswahl — 440**
- V. Geltung des Sozialversicherungsrechts? — 441**
 - 1. Entscheidung des EuGH in der Sache Salemnik — 441**
 - 2. Konsequenzen für die Rechtslage in der deutschen AWZ — 442**
 - 3. Ausstrahlung des SGB bei einer Beschäftigung in der AWZ — 443**

Stichwortverzeichnis — 445